

TTIP-Bürgerdialog unabhängig und ergebnisoffen?

Die EU-Kommission und die TTIP-Befürworter haben ein Legitimationsproblem. Sie stellen sich wohl die Frage, wie sie es schaffen können, die Bevölkerungsmehrheit auf ihre Seite zu ziehen. Ein Lösungsansatz ist offenbar das Veranstalten sogenannter Bürgerdialoge, die über den nach wie vor undemokratischen und intransparenten TTIP-Verhandlungsprozeß hinwegtäuschen sollen.

Daß es nicht um eine ergebnisoffene Diskussion geht, ist etwa daran zu erkennen, welche Organisationen als Unterstützer für den „Bürgerdialog“ genannt werden und wie stark das Ungleichgewicht hier zugunsten der TTIP-Befürworter ist. So sind unter den 20 Organisationen, die als Partner des „Bürgerdialogs“ genannt werden, lediglich 2 Organisationen, die sich eindeutig gegen TTIP aussprechen (der DGB und „TTIP unfair handelbar“). Auch der Veranstalter, die „europa-union“ selbst spricht sich auf seiner Internetseite grundsätzlich für TTIP aus.

Freihandel, Wirtschaftslobbyismus und Widerstand

Unbegrenzter Freihandel ist nach Aussagen vieler Bundespolitiker (allen voran Gabriel und Merkel) sowie von Wirtschaftsvertretern eine Art Allheilmittel für gesellschaftliche Probleme und essentielle Grundlage für Wirtschaftswachstum. In der linearen Wachstumslogik des fordistischen Denkens des 20. Jahrhunderts erscheint dies logisch. Dies ist auch die Ideologie von Handelskammern, vielen Spitzenpolitikern, Wirtschaftsentscheidern und Lobbyisten, die mit aller Macht ihr Privatprojekt TTIP zur Steigerung von Gewinnen und zur Zwangsöffnung von Märkten gegen die Menschen durchzusetzen gedenken.

Dem entgegen steht ein breites Bündnis, das massiv Widerstand in allen Teilen der Zivilgesellschaft ausübt. Hierzu zählen ökologische und soziale Bewegungen, Privatisierungskritiker, Vertreter des Fairen Handels, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Landwirte, Imker und informierte Bürger.

Anstelle von TTIP braucht die Welt ein faires Handelssystem. Was die Menschheit nicht braucht, das sind noch dominanteren (vornehmlich westliche) Großunternehmen. Wir plädieren für ein ökologisches, sozial gerechtes und international solidarisches Handelssystem. Mit einem starken Afrika, Lateinamerika und Südostasien. Ein wirklich faires Handelsabkommen ist eines, das benachteiligte Wirtschaftsräume auf Augenhöhe einbezieht anstatt auf dem Rücken der Ärmsten und der Natur rücksichtsloses Wirtschaftswachstum in einem exklusiven 2er-Club aus EU und USA zu erzwingen.

In diesem Sinne folgt auf der Rückseite eine Gegenüberstellung der Ziele und Inhalte von TTIP und der besseren Alternativen für die Bevölkerungsmehrheit – in einem demokratischen und sozial gerechten System und unter Bewahrung der Natur:



Neoliberalanalyse
Über die Ökonomisierung unseres Alltags
www.Neoliberalanalyse.de



PolitikVonUnten.org
Diskutiere mit - vor Ort!

Transatlantisches Freihandelsabkommen – TTIP	Fairer Handel und demokratische Steuerung
Bilaterales Abkommen	Multilaterale Regeln
Stärkung bereits dominanter Großunternehmen	Stärkung lokaler und kleiner Unternehmen
Merkantillistischer Wirtschafts-Egoismus zweier, bereits dominierender Wirtschaftsblöcke	Sozialer und fairer Handel zwischen vielen gleichberechtigten Partnern
Benachteiligung dritter Handelspartner (außerhalb von TTIP)	Fairer Handel mit peripheren und armen Weltregionen
Regeln im Sinne von Großunternehmen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden	Demokratische Regeln für die ganze Gesellschaft, die in der Öffentlichkeit verhandelt werden
Vorentscheidungen werden in zwischenstaatlichen Gremien getroffen. Zugriffsmöglichkeiten von Seiten der Zivilgesellschaft erst, wenn es fast zu spät ist	Direkter Zugriff auf politische Entscheider durch die Zivilgesellschaft (vor allem möglich auf nationaler Ebene) – zu jedem Zeitpunkt der Entscheidungsfindung
Investitions„schutz“ als juristische Grundlage für Großunternehmen, um gegen demokratische Entscheidungen vorzugehen	Beschränken auf bestehende Gesetze. Verbesserung und Stärkung der Gesetze im Sinne der Bevölkerungsmehrheit
Angleichung von Standards zwischen EU und USA in kontroversen Bereichen	Anerkennung von Verschiedenheit: Keine Angleichung an Standards anderer Länder/Volkswirtschaften ohne mehrheitliche Zustimmung aus der Bevölkerung
Politische Entmündigung der Zivilgesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks durch Aushebelung demokratischer Institutionen	Unabhängige Politik in den USA und in Europa, die jeweils in einem demokratischen System auf nationalstaatlicher oder föderaler Ebene ausgehandelt wird
Verbesserte Chancen für Risikotechnologien (industrielle Landwirtschaft und Agro-Konzerne, Kohle- und Atomkraft, grüne Gentechnik, Fracking usw.)	Schlechte Chancen für Risikotechnologien aufgrund eines wirkungsvolleren Widerstands der Zivilgesellschaft
Weitergehende Privatisierungen staatlich organisierter Branchen – auch der Grundversorgung	Keine Privatisierung von Branchen der Grundversorgung. Klare Privatisierungsverbote für diese Bereiche



Neoliberalalyse

Über die Ökonomisierung unseres Alltags
www.Neoliberalalyse.de



PolitikVonUnten.org

Diskutiere mit - vor Ort!